

Rahmenvereinbarung der Bremer Pflegeinitiative gegen den Fachkräftemangel

Die Partner

- Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen
- Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit
- Magistrat der Stadt Bremerhaven
- Agentur für Arbeit Bremen und Bremerhaven
- Altenpflegeschulen im Land Bremen
- Arbeitnehmerkammer Bremen
- Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V., Landesgruppe Bremen
- Krankenhausgesellschaft der Freien Hansestadt Bremen e.V. und Krankenpflegeschulen im Land Bremen
- Jobcenter Bremen und Jobcenter Bremerhaven
- Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Bremen e.V.
- Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe behinderter Menschen Bremen e.V.

haben sich unter Beteiligung der Landesverbände der Kranken- und Pflegekassen im Land Bremen auf eine Rahmenvereinbarung zur Bremer Pflegeinitiative gegen den Fachkräftemangel verständigt.

Die demografische Entwicklung führt zu einer steigenden Zahl von pflegebedürftigen Menschen. Gleichzeitig ist abzusehen, dass das Potential an zur Verfügung stehenden Fachkräften in der Kranken- und Altenpflege sinkt. Bezogen auf die Prognosen der Versorgungsanforderungen in der Zukunft, wird sich dieser Fachkräftemangel massiv verschärfen und kann sich zur entscheidenden Wachstumsbremse in einer Zukunftsbranche entwickeln.

Die Vereinbarungspartner arbeiten gemeinsam an der Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen und bedarfsgerechten Pflegelandschaft in Bremen. Ziel der Bremer Pflegeinitiative ist es, dem Fachkräftemangel in der Pflege im Land Bremen aktiv entgegenzuwirken. Die Maßnahmen beziehen sich auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen, auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, die Nachwuchssicherung, die Aus-, Fort- und Weiterbildung, die Weiterentwicklung der Pflegeberufe, sowie auf die Finanzierungsgrundlagen.

Die Partner verabreden u.a. folgende Maßnahmen:

1. Pflege erfährt noch nicht die gesellschaftliche Wertschätzung, die ihr zusteht. Vom Land Bremen wird in Kooperation mit den anderen Partnern eine Imagekampagne für die Pflegeberufe durchgeführt.
2. Die Kapazitäten und das Spektrum der Dienstleistungsangebote der Pflegeberufe muss ausgeweitet werden, verbunden mit einer größeren Handlungsautonomie. Nötig sind eine Neuverteilung von Zuständigkeiten, Veränderungen von Berufsbildern. Ein Modellversuch zur Übertragung heilkundlicher Kompetenz auf die Pflegekräfte wird daher geprüft vom Land Bremen und den Arbeitgebern in der Pflege.

3. Zur Sicherung eines passgenauen Fachkräfteangebots in der Pflege wird eine bessere Datenlage benötigt. Die Arbeitnehmerkammer wird die Situation der Pflegekräfte und des Fachkräftemangels im Land Bremen über eine Vollerhebung analysieren und Verbesserungsmöglichkeiten aufzeigen.
4. In Absprache mit den Mitarbeiter/innen ermöglichen die Arbeitgeber in der Pflege bedarfsorientierte Arbeitszeitmodelle und erproben familienfreundliche Beschäftigungsmodelle. Ebenso soll der Einsatz und Verbleib von älteren Arbeitnehmer/innen gefördert werden.
5. Ausländische Fachkräfte leisten wichtige Beiträge zur Sicherstellung der Pflege. Das Land Bremen wird die vereinfachte Anerkennung ausländischer Qualifikationen unterstützen
6. Eine systematische Werbung um Auszubildende ist durchzuführen. Die Arbeitgeber in der Pflege und die Pflegeschulen werben an allgemeinbildenden Schulen aktiv für die Pflegeausbildungen.
7. Die Arbeitsagenturen und die Jobcenter wollen die Umschulungszahlen für die Fachkräfte und die Altenpflegehilfe- (bzw. Gesundheits- und KrankenpflegehilfegA) Ausbildungen als berufliche Qualifizierungen konstant halten oder nach Möglichkeit erhöhen, soweit dieses angesichts der Mittelsituation, der Ausgewogenheit des Umschulungsangebotes im Gesamtspektrum des Fachkräftebedarfs und der Gewinnung geeigneter förderungsbedürftiger TN darstellbar ist.
8. Das Jobcenter Bremen und das Jobcenter Bremerhaven werden in Absprache mit den Pflegeschulen für Bewerber/innen in Pflegeberufen ein Assessment einrichten.
9. Von den Partnern wird eine dem Fachkräftearbeitsmarkt angemessene Anhebung der Zahl der Ausbildungsplätze in der Pflege angestrebt.
10. Die Pflegeschulen, die Arbeitgeber in der Pflege und das Land Bremen ermöglichen die Ausbildung auch bei ambulanten Pflegediensten.
11. Die Pflegeschulen, die Arbeitgeber in der Pflege und das Land Bremen setzen sich für eine gute Qualität der praktischen Ausbildung ein.
12. Das Land Bremen hat die Anzahl der Erstausbildungsplätze in der Altenpflege ab 2011 von jährlich 50 auf 58 erhöht. Es wird ab 2012 die Anzahl von 58 auf 73 erhöhen. In Abhängigkeit von der Haushaltsaufstellung ab 2013 wird diese Zahl ggf. weiter erhöht. Eine dauerhafte Sicherung der Finanzierung des dritten Ausbildungsjahres von Umschulungen in der Altenpflege ist auf Bundesebene sicher zu stellen und wird vom Land Bremen unterstützt.
13. Das Land Bremen unterstützt die Bestrebungen zu einer einheitlichen generalistisch ausgerichteten Pflegeausbildung. Es wird die generalistische Pflegeassistentenausbildung als Schulversuch durchführen. Das Land Bremen wird auch die Möglichkeit einer dreijährigen dualen vollqualifizierenden Ausbildung prüfen, die auch Absolvent/innen mit Hauptschulabschluss den Zugang zu einer weiterqualifizierenden Pflegeausbildung ermöglicht.
14. Für Pflegehelfer/innen werden modular aufgebaute Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten und für Berufsrückkehrer/innen werden von den Arbeitgebern in der Pflege Einarbeitungskonzepte entwickelt.

15. Das Land Bremen, die Arbeitgeber in der Pflege und die Verbände LAG FW und bpa wollen prüfen, ob die hier genannten Maßnahmen über die Leistungsentgelte der Pflegeeinrichtungen zu decken sind. Die Kranken- und Pflegekassen sind in diese Bemühungen einzubeziehen.
16. Bei einem Mangel an Ausbildungsplätzen in der Altenpflegeausbildung wird von allen Partnern die Durchführung eines Ausgleichsverfahrens unterstützt.
17. Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung werden in die Ausbildung einbezogen. Die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit der Beschäftigten in der Pflege gehört zu den Zielen der Pflegeinitiative.

Die Reihenfolge dieser Maßnahmen stellt keine Wertung dar. Eine Vielzahl weiterer Maßnahmen wurde vorgeschlagen und dokumentiert. Diese Maßnahmen wurden und werden weiter geprüft und in der Umsetzung begleitet. Alle Vereinbarungspartner werden sich an thematisch geordneten Arbeitsgruppen zur Umsetzung der Maßnahmen der Pflegeinitiative beteiligen. Ein Lenkungsausschuss wird die Umsetzung kontinuierlich auswerten und den Partnern und der Fachöffentlichkeit darüber berichten.

Die in der Anlage aufgeführten Maßnahmen sind Bestandteil dieser Vereinbarung.

Bremen, 8. Oktober 2012

(Anja Stahmann)
Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen

(Renate Jürgens-Pieper)
Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

(Klaus Rosche)
Magistrat der Stadt Bremerhaven

(Dr. Götz von Einem)
Agentur für Arbeit Bremen / Bremerhaven

(Dr. Angela Sallermann, Schulverbund,
und Kurt Plagge, Hansa Pflegefachschulen gGmbH)
Altenpflegeschulen im Land Bremen

(Ingo Schierenbeck)
Arbeitnehmerkammer Bremen

(Ralf Holz)
Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V., Landesgruppe Bremen

(Uwe Zimmer)
Krankenhausgesellschaft der Freien Hansestadt Bremen e.V.
und Krankenpflegeschulen im Land Bremen

(Dagmar Gattow)
Jobcenter Bremen

(Friedrich-Wilhelm Gruhl)
Jobcenter Bremerhaven

(Sylvia Gerking)
Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Bremen e.V.

(Andreas Hoops)
Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe behinderter Menschen Bremen e.V.

Anlage:
Anlage zur Rahmenvereinbarung
der Bremer Pflegeinitiative gegen den Fachkräftemangel